

Juso- Landesdelegiertenkonferenz 2012

Jusos Baden-Württemberg

Antrag zur Überwachung der Linkspartei

Antragsteller: KV Rems-Murr

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Die LDK möge beschließen:

Wir fordern die zuständigen Organe auf, die Überwachung der Linkspartei auf Bundesebene durch den Verfassungsschutz, sowie die Überwachung sämtlicher Mandatsträger dieser Partei, unverzüglich einzustellen.

Selbiges gilt für alle Bundesländer, in denen eine Überwachung bisher erfolgt.

Begründung.

Spätestens seit der aufgedeckten Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ sollte klar sein, dass unsere Demokratie und das friedliche Zusammenleben in diesem Land, von Rechtsextremisten bedroht wird und nicht von Seiten der politischen Linken. Die Fixierung auf Die Linke, lenkt daher von der massiven Problematik des Rechtsextremismus ab. In diesem Zusammenhang erscheinen auch die Äußerungen des Generalsekretärs der CSU Dobrindt, über ein mögliches Verbot der Linkspartei mehr als fraglich. Verfassungsschutz und Bundesregierung scheinen bei ihren Kriterien, wann eine Partei zu überwachen sei. Nach zweierlei Maß zu rechnen.

Sollte man es als richtig erachten eine Partei bereits aufgrund bedenklicher Äußerungen ihrer Mitglieder und Funktionsträger oder aufgrund von Kontakten zu vermeintlichen Extremisten zu überwachen, so müsste konsequenterweise auch die CDU vom Verfassungsschutz überwacht werden. Zu nennen wäre hierbei das Studienzentrum Weikersheim, das dafür bekannt ist, immer wieder Rechtsextremisten, als Referenten einzuladen. Das Studienzentrum Weikersheim, gilt als CDU nah, so war Hans Filbinger Gründer des Zentrums, außerdem bezeichnet es sich selbst, als „christlich-konservative Denkfabrik“. Die Nähe zum Rechtsextremismus ist jedoch kaum zu übersehen, so war der Bundesvorsitzende der Republikaner Rolf Schlierer bis 1989 Mitglied im Kuratorium des Studienzentrums und Andreas Graudin, Autor der „Jungen Freiheit, ist Mitglied des Präsidiums.